

# BONNS „BRÜCKE“ HÄLT NICHT STAND

In seiner am 14. Januar 1971 veröffentlichten Rede „25 Jahre nach der Einigung der Arbeiterklasse“ wählte Walter Ulbricht fest: „Die rechten sozialdemokratischen Führer bemühen sich... den Beweis zu erbringen, daß sie besser als die konservativen Kräfte geeignet seien, das monopolkapitalistische System zu erhalten, daß sie mehr Fähigkeiten besitzen, das imperialistische System sozial und demokratisch zu maskieren und in die sozialistischen Länder einzudringen.“ Die Politik der westdeutschen SPD/FDP-Koalition soll somit eine bessere Anpassungsfähigkeit an die für den Imperialismus durch den auf dem Vorrang befindlichen Sozialismus veränderten Entwicklungs- und Existenzbedingungen garantieren. Der Druck der dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche und die Anziehungskraft des sozialistischen Weltsystems, das den Imperialismus in die historische Defensive gedrängt hat, zwingen bestimmte Monopolgruppen, die hinter der Brandt/Schaebel-Regierung stehen, zum Lernen.

### Die Macht der Kulturkonzerne wächst

Diese Einschätzung trifft auch auf den Bereich von Kultur und Kunst zu. Wie in allen anderen Lebensbereichen hat sich nach über einjähriger Regierungszeit an den tatsächlichen Machtverhältnissen nichts geändert. Das zeigen einige Tatsachen. An der nahezu das gesamte Kulturleben beherrschenden Macht der großen Kulturkonzerne hat sich nichts verändert. Der Konzentrationsprozess nimmt z. B. in der Unterhaltungs- und Vergnügungsindustrie weiter zu, wodurch eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtete, stabilmäßig geführte Marktorientierung der westdeutschen Kulturbranche noch verstärkt wird. Die Konzerne Schöningh und Bertelsmann verfügen über 60 Prozent des Gesamtumsatzes in dieser Branche. Der Bertelsmann Verlag Gütersloh hat sich zu einem riesigen Konzern entwickelt, der den größten westeuropäischen Filmverleih, den größten Buchklub mit 4 Millionen Dauermitgliedern und eine riesige Buchvertriebskette besitzt. Diese Konzentrationsprozesse erfassen heute alle Bereiche des Kulturlebens, den Sortimentsbuchhandel, den von den Buchhändlern der Konzerne geschickt wird, ebenso wie die Heftvertriebsketten und kleinen Verlage.

Auch im Inhalt der imperialistischen Kultur hat sich nichts geändert. Billige Kunst für wenige und teure an die niedrigsten Instanzen appellierende Trivialkunst sind nur zwei Seiten einer Sache - der die Massen im imperialistischen Sinn beeinflussenden Herrschaftskultur. In diese Kultur sucht man oppositionelle Kulturschaffende einzumünden, indem man sie mit „goldenen Ketten“ (Sprich: mit gestaffelten Autorezenten, Exklusivverträgen u. ä.) an das System bindet. Systemstabilisierend soll auch das Programm der „Integrierten Gesamthochschule“ des Bundes Wissenschaftsministeriums wirken, das den Konkurrenz entsprechend gebildete Kader für Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution stellen soll.

### Die SPD entdeckt die politische Relevanz der Kultur

Nach sich an den Machtverhältnissen im kulturellen Sektor nichts verändert, so muß zugleich betont werden, daß sich gerade die Sozialdemokratie gegen die DDR, aber auch gegen andere sozialistische

## Bonns Formel von der „Einheit der Nation“ und die sogenannte Einheit deutscher Kultur

Von Dr. E. Hexelschneider, Institut für internationale und westdeutsche Fragen

Länder einer verfeinerten Taktik bedient. Bei aller Abgrenzung vom Marxismus-Leninismus, wie sie in besonders scharfer Form in dem berühmten Münchner Antikommunismuspapier vorgenommen wird, bietet man im gleichen Atemzug der Bevölkerung der DDR, vor allem der Intelligenz und den Studenten, eine Reihe von Modellen und Theorien an, die haargenau auf der Brandtschen Linie der „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ liegen.

Verkömmt wird diese Taktik durch die Formel von „Wandel durch Annäherung“. In den „Frankfurter Heften“ konnte man dazu schon 1968 lesen: „Entspannung durch Annäherung heißt: neben den politischen Bemühungen wie diplomatischen Beziehungen, Gewaltverzichtserklärungen und anderen, muß geistige Begegnung ermöglicht werden. Geistige, kulturelle Begegnungen schaffen im Vorfeld der Politik die Atmosphäre, die für eine neue Ostpolitik nötig ist.“ Davon verspricht man sich eine „liberalisierende Wirkung“ in den sozialistischen Ländern. Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb schon am 23. 2. 1968 dem damaligen Außenminister Brandt das Verdienst zu, er habe „die immer sichtbar werdende politische Relevanz alles Kulturellen anerkannt“. Kulturaustausch bzw. die westdeutsche Kulturpropaganda werden als Vorreiter für die politischen Ziele des Imperialismus, als Vorboten für erhoffte politische Veränderungen in den sozialistischen Ländern mißbraucht. Ziel dieser Politik einer „Öffnung nach Osten“ (wie sie es nennen) ist es, ideologisch Terrain zu gewinnen und die Bevölkerung der DDR gegen den Sozialismus aufzuwecken, um so doch den Lauf der Geschichte aufhalten zu können.

Eine bedeutende Rolle in diesem Konzept, die sozialdemokratische Gesellschaftstheorie in die DDR einzuschleusen, spielt die These von der „Einheit der Nation“, die nicht zuletzt auch aus der „einheitlichen deutschen Kultur“ und dem „gemeinsamen Erbe“ motiviert wird. Erst unlängst am 6. 12. 1970, erhob der „Gesamtdeutsche Experte“ der Brandt/Schaebel-Regierung, Egon Franke, seine Stimme und betonte, „daß die Einheit der deutschen Nation das Unteilbare in Deutschland ist“. Und er beschwor huldig einen nichtexistierenden Nationalgeist, um die Klassenstrukturen, die die deutsche bürgerliche Nation immer zerklüftet haben, zu verwischen: „Nicht das Territorium, nicht ein Staat, nicht einmal die kulturellen Faktoren oder die Sprache sind für das Fortbestehen der Nation entscheidend, sondern das Bewußtsein, das Zusammengehörigkeitsgefühl und der Wille der Menschen sind in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland die entscheidenden Träger nationaler Einheit.“ Die Spekulation auf Emotionen und Gefühlsduselei, die mit mystischen Phrasen drapiert wird, soll eine Grundtatsache verdecken: daß nämlich der Imperialismus die Nation zerstört hat.

Sozialismus beansprucht, wenn er erklärt: „Das Erbe von Engels und Marx ist wohlverstanden, bei denen am besten aufgehoben, die ohne Dogma daran festhalten, daß es die menschliche Gesellschaft zu humanisieren gilt.“ Und das endet bei einer imperialistischen Beethoven-Verfälschung, die Beethovens Hymnus „An die Freude“ zum „Song of Joy“ des Vergnügungs-Tingel-Tangel verschandelt.

### Erhard nannte sie Pinscher, Brandt buhlt um ihre Gunst

Für die Kulturoffensive der SPD gegen die DDR versucht man sich vor allem der Künstler zu versichern. Dabei wird es der rechten Führung nicht allzuschwer gemacht, denn viel der sog. Nonkonformisten lassen sich willig in das System integrieren. Krüger, ein Mitglied der Gruppe 47, hatte das gleich nach dem Amtsantritt der neuen Regierung verkündet: „Zum erstenmal können wir eigentlich zu diesem Bonn... nicht nein sagen.“ Aber die SPD-Führung möchte mehr. Deshalb sprach Brandt auch im November vorigen Jahres als erster Bundeskanzler der BRD vor dem westdeutschen Schriftstellerkongreß, nachdem frühere Kanzler wie Erhard die Künstler als „Pinscher“ abgetan hatten. Kern seiner Ausführungen war der Appell an die Künstler, sich aktiv „für den Bestand und die Erneuerung einer deutschen (d. h. westdeutschen, D. V.) Demokratie zu engagieren.“ Und kennzeichnend für dieses Buhlen um die Schriftsteller und Künstler ist Brandts Wunsch: „Ich wünsche mir viel Unterstützung, Anregung und kritische Begleitung bei dem Bemühen um eine lebendigere, vielfältigere und aktivere Demokratie.“ Dahinter verbirgt sich der Wunsch, dem einen Günter Grass, dem Paradeferd der SPD-Kulturoffensive, weitere gleichgeschaltete Propagandisten zur Seite zu stellen, die Künstler in Kulturträger der expansiven, wenn auch getarnten imperialistischen Politik zu verwandeln. Deshalb wird Grass als Embleme rechtssozialdemokratischer Ansichten und als Protagonist der „freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ in der BRD im Rahmen des Kultur-austausches in sozialistische Länder entsandt; deshalb arbeitet er im Kuratorium Entwicklungshilfe mit, um den Radius Bonner Einflußsphären in den jungen Nationalstaaten zu vergrößern.

All das zeigt: Nach wie vor hat Lenins These von den zwei Kulturen Gültigkeit. Es kann keine Gemeinsamkeit zwischen imperialistischer und sozialistischer Kultur geben. Im Interesse der sozialistischen Kulturentwicklung und zugleich zur Durchkreuzung der feindlichen Diversionenabsichten müssen wir uns von der Kultur des imperialistischen Herrschaftssystems abgrenzen. Deshalb lassen wir uns auch nicht die Verbrechen des Hitlerfaschismus anlasten, wie das Grass tut, wenn er sagt: „Die... Nation wird, wenn sie sich in aller Konsequenz begreifen will, die Konkurrenz der alten Nation auf beiden Schultern tragen müssen.“ Aber in der DDR ist ein für allemal mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen, bei uns gibt es keine „Rotteneckte“ mehr. Wir grenzen uns auch und gerade im kulturell-künstlerischen Bereich ab, damit wir um so rascher die dem Sozialismus eigene Kultur aufbauen können, eine Kultur, die tatsächlich einen Schritt nach vorn darstellt, einen Schritt nach vorn in der Entwicklung der Menschheit.

### Die „verarmende“ Sozialdemokratie

Brandt lieferte in seiner Rede zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels das theoretische Fundament zu dieser Umwertung der Traditionen, als er sagte: „Wir (d. h. die Sozialdemokratie, D. V.) können uns Teile unserer Geschichte nicht nehmen lassen, ohne zu verarmen.“ Aber natürlich - und das zeigt wiederum die zwei Gesichter dieser Politik - wird die Geschichte im sozialdemokratischen Sinn umfunktioniert und verfälscht. Das geht bei Karl Marx und Friedrich Engels los, die Brandt neuerdings für die rechte SPD-Führung und den sog. demokratischen

Erste Besorgnis über den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft in den USA wurde auf der 137. Jahreskonferenz des amerikanischen Verbandes zur Förderung der Entwicklung der Wissenschaft geäußert, die in Chicago stattfand und an der mehr als 5000 amerikanische Wissenschaftler teilnahmen. Die ernstesten Schwierigkeiten, in denen sich die amerikanische Wissenschaft zur Zeit befindet, wurden in den Reden vieler Teilnehmer deutlich. Der Aggressionskrieg in Vietnam und die damit verbundenen hohen Rüstungsausgaben haben zu einer rapiden Kürzung der staatlichen Mittel für wissenschaftliche Forschungen geführt. Eine Bilanz ergab für 1970 einen Fehlbetrag von einer Milliarde Dollar für wissenschaftliche Zwecke gegenüber 1969. Wichtige wissenschaftliche Programme mußten ausgesetzt oder eingeschränkt werden. Viele Wissenschaftler wurden auch durch geringere Ausgaben der amerikanischen Industrie für die Forschung arbeitslos oder können nicht mehr wissenschaftlich arbeiten.

Deutlich trat bei den Beratungen in Chicago auch ein Anwachsen der Antikriegsstimmung unter den amerikanischen Wissenschaftlern zutage. In Diskussionsbeiträgen und auch im Bericht an die Konferenz wurde

## USA-Wissenschaftler klagen Imperialismus an

Edward Teller ausgepöflet / „Wissenschaftsverbrechen gegen das Volk“ / 21 höhere Schulen mußten schließen / Nahezu 2000 Historiker arbeitslos

die Verwendung von sogenannten Rüstungsmitteln in Süd-Vietnam scharf verurteilt. Mitglieder des Wissenschaftsverbandes forderten die USA-Regierung auf, dem Weltfrieden mit Raketen und Kernwaffen Einhalt zu gebieten, Edward Teller, der „Vater“ der amerikanischen Wasserstoffbombe, wurde von seinen Kollegen ausgepöflet, als er zur Fortsetzung des Wettrüstens aufrief. Dem langjährigen Vorsitzenden der Atomenergie-Kommission, Seaborg, wurde ein Katalog von „Wissenschaftsverbrechen gegen das Volk“ vorgeworfen.

Der Biologe Stewart Newman von der Universität Chicago rief die Wissenschaftler zu Streiks und anderen Protestaktionen gegen den Krieg in Vietnam auf. Der Mitarbeiter des Instituts für öffentliches Gesundheitswesen in New York, R. Novak, verurteilte den Mißbrauch der Wissenschaft in den USA für militärische Zwecke und auch das Profitstreben der amerikanischen Monopole.

Ein Streit entbrannte auf der Konferenz auch über Umweltprobleme, die die amerikanische Öffentlichkeit zur Zeit beschäftigen. Die Hauptschuld an der Luft- und Wasserverschmutzung, die in den USA unerträgliche Formen annimmt, gab der Direktor des Zentrums für Biologie der Washington-Universität in Saint Louis den großen Monopolen und Industrieunternehmen und der mangelnden staatlichen Kontrolle. Mehrfach wurde betont, daß der Kern des Problems nicht

im Bevölkerungswachstum liege. Er sei vielmehr in einem Wirtschaftssystem zu suchen, das jene belohne, die Güter ohne Rücksicht auf die der Umwelt zugefügten Schäden am billigsten herstellen können.

Lewis Branscomb, Direktor des US-Bureau of Standards, wies auf die zunehmende Abkehr der Öffentlichkeit von den Naturwissenschaften hin. Die Zahl der Studenten in Physik, Chemie und Ingenieurwissenschaften nehme ab - ein schweigender Protest, der sich seiner Meinung nach gegen viele Elemente der amerikanischen Gesellschaft richte.

Zur permanenten Kürzung des staatlichen Budgets für Wissenschaft und Forschung - eine Expertenanalyse weist eine 25prozentige Senkung in den letzten 3 Jahren aus - erklärte an anderer Stelle schon der Vorsitzende des Unterausschusses für Wissenschaftler im Repräsentantenhaus, Daddario, viele Staaten der Erde hätten die USA auf den verschiedensten Gebieten von Wissenschaft und Technik bereits überholt. „Der Dollar, der für die Wissenschaft ausgegeben wird, konkurriert hoffnungslos mit dem Dollar für militärische Zwecke.“

Nach der Analyse befinden sich 340 Hochschulen mit 1,6 Millionen Studenten (rund einem

## Erfolge von „Spartakus“ und SHB - Zusammenarbeit beschlossen

### SHB boykottiert Münchener Antikommunismus-Beschlüsse der SPD

Beide des Jahres fanden an den westdeutschen Hochschulen Wahlen zu den Parlamenten, Konventionen der Studenten bzw. neu gebildeten Universitätsparlamenten statt. In den Springer-Gazetten behauptete man sich höchster „Sachlichkeit“ im Stil der Berichterstatter, aber die Enttäuschung ist zwischen den Zeilen deutlich erkennbar.

In Marburg gehören von 27 Studenten im Konvent 13 dem sozialdemokratischen Hochschulrat (SHB), sieben der Studentenorganisation der DKP „Spartakus“ und die rechtsextreme „Aktion Wissenschaft“, deren Vertreter am Sonntag Wahltag mit Pistolen und Schlagstöcken drohten, erhielt keinen Sitz. Auch bei den Assistenten-gebühren der Gruppen der Sozialisten und Kommunisten, die sich ausdrücklich vom „Bund Freier der Wissenschaft“ (vgl. UZ 971) distanzieren, sind 9 Sitzen zu drei stärksten Gruppen.

In der Münchener Universität gewannen die Roten Zellen allein die

### Diskriminierung der Frau beginnt in der Schule

Schülerinnen im westdeutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen werden durch reaktionäre Lehrpläne im Unterricht systematisch auf ihre zukünftige Rolle als Hausfrau und Mutter im Höchstmaß als „Zuversicherung des Mannes“ festgelegt. Dies hat eine Untersuchung der Lehrpläne ergeben. „Durch den Mangel an qualifizierter Erziehung und Bildung bleiben ihnen die zukunfts-trächtigen Berufe weitgehend versperrt“, stellten dazu Schüler, Studenten u. Lehrer, Arbeiter und Angehörige in einem Brief an den Nordrhein-Westfälischen Kultusminister fest. Offene Diskriminierung der Schülerin und Klischeevorstellungen zur geschlechtsspezifischen Erziehung seien an der Tagesordnung.

### Preußengeist und -recht

In einem Beschwerdeverfahren eines Studenten gegen eine Relegierung stellte das Gericht fest, daß der Student auf Grund des aus dem Jahre 1879 stammenden, zur Zeit des Verfahrens gültigen Preußischen Disziplinarrechts von der Universität verwiesen worden war.

## Marxismus „illegal“

Weil „Rote Zellen“ an der Westberliner Universität in ihr Studienprogramm „Zwei Taktiken“, Walter Ulbrichts „Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ und Dokumente der KPD und SED aufgenommen haben, stehen Westberliner Politiker Kopf Flugs gab es einen Antrag an Wissenschaftsminister Stein (SPD), doch zu bestätigen, daß solche Studien der „Zerstörung unserer verfassungsmäßigen Grundordnung“ dienen...

### Anpassung an System für 950 DM

Gruppenveranstaltungen gewesen. Nicht wenige der insgesamt 38 Gruppenmitglieder seien nur deshalb nicht vorzeitig abgereist, weil sie den hohen Geldebetrag nicht vergeblich ausgegeben haben wollten. Gegen Ende des Kurses habe sich eine vierköpfige autoritäre Gruppe durchgesetzt, die mit passiver Duldung aller übrigen Kursteilnehmer souverän über Inhalt und Verlauf der gemeinsamen Veranstaltungen bestimmte.

Abschließend kommt der antitöuschte Autor zu der treffenden Schlußfolgerung: „Sensitivity-Training, die subtilste Gemeinschaftsübung des Spökitalismus, erweckt nicht politische Lebensgeister, es laugt eher als eine höhere Schule der Anpassung.“